

Gemeinsame Erklärung der Heilberufsvertretungen, -verbände
und gesetzlichen Krankenkassen in Sachsen-Anhalt

GESUNDHEITS- VERSORGUNG GEMEINSAM STÄRKEN.



DIE MITZEICHNENDEN ORGANISATIONEN



Gemeinsame Verantwortung für eine starke, effiziente und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt

Gemeinsame Erklärung von

- *Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt (KVSA)*
- *Ärztammer Sachsen-Anhalt (ÄKSA)*
- *Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt (KZV LSA)*
- *Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt (ZÄK SA)*
- *Landesapothekerverband e.V. (LAV)*
- *Apothekerkammer Sachsen-Anhalt (AKSA)*
- *Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer (OPK)*
- *Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e. V.*
- *Verband der kommunalen und landeseigenen Krankenhäuser Sachsen-Anhalts e. V. (VKLK)*
- *AOK Sachsen-Anhalt*
- *BARMER*
- *IKK gesund plus*
- *BKK Landesverband Mitte*
- *Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)*
- *DAK-Gesundheit*
- *Techniker Krankenkasse (TK)*
- *Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau*
- *Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS)*
- *KKH Kaufmännische Krankenkasse*

Sachsen-Anhalt hat ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, welches in den vergangenen Jahren erheblichen Belastungen standgehalten hat. Trotz multipler Krisen, demografischer Herausforderungen und wachsender finanzieller Belastungen blieb die Versorgungssicherheit gewährleistet.

Tag für Tag sichern tausende engagierte Menschen in Praxen, Apotheken, Kliniken und Pflegeeinrichtungen die medizinische Betreuung der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt. Unterstützt und begleitet werden sie von ihren Heilberufsvertretungen, Interessenverbänden und den gesetzlichen Krankenkassen. Gemeinsam tragen sie Verantwortung für eine flächendeckende, stabile und qualitativ hochwertige Versorgung.

Dieses Zusammenspiel bildet das tragende Fundament unseres Gesundheitswesens, das auch unter schwierigen Bedingungen eine verlässliche Versorgung garantiert. Die Menschen in Sachsen-Anhalt können sich darauf verlassen, unabhängig von Herkunft, Wohnort oder sozialem Status Zugang zu medizinischer Versorgung zu erhalten.

Gleichzeitig steht das Gesundheitswesen vor erheblichen Herausforderungen. Fachkräftemangel, Kostensteigerungen, eine alternde Gesellschaft sowie wachsende strukturelle Anforderungen erhöhen den Handlungsdruck.

Reformbedarf besteht. Reformen müssen jedoch sachlich, konstruktiv und mit klarem Blick für die Versorgungsrealität gestaltet werden.

Nicht zur Disposition stehen die grundlegenden Prinzipien, auf denen das Gesundheitssystem beruht. Als gemeinsame Verantwortungsträger treten wir entschieden ein für:

- **Verantwortungspartnerschaft – statt einseitiger Eingriffe und kurzfristiger politischer Korrekturen**

Die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung erfordert eine stabile, verlässliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Politik, Heilberufen und Krankenkassen. Nachhaltige Lösungen entstehen nicht durch einseitige oder kurzfristige Eingriffe, sondern durch gemeinsame Verantwortung, fachliche Expertise und realitätsnahe Entscheidungsprozesse.

- **Starke Selbstverwaltung – statt weiterer staatlicher Eingriffe und Schwächung funktionierender Strukturen**

Die Selbstverwaltung auf Landesebene gewährleistet praxisnahe, fachlich fundierte und regional differenzierte Lösungen. Freiberufliche Strukturen und eigenverantwortliche Organisation sind zentrale Voraussetzungen für Versorgungsqualität, Effizienz und Systemstabilität.

Staatliche Eingriffe in Kernbereiche der Selbstverwaltung schwächen das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit. Sie beeinträchtigen wettbewerbliche Impulse und erschweren die Entwicklung passgenauer Regelungen aus der Versorgungspraxis heraus.

- **Solidarität – für eine gerechte Gesundheitsversorgung**

Das Solidarprinzip bildet die zentrale Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung. Es gewährleistet den gleichberechtigten Zugang zu medizinisch notwendigen Leistungen unabhängig von Einkommen, Alter oder individuellem Krankheitsrisiko. Eine gerechte Lastenverteilung ist Voraussetzung für gesellschaftliche Stabilität und Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens.

- **Bedarfsgerechte Versorgung – statt Schwächung der Versorgungsstrukturen**

Alle Versicherten haben Anspruch auf eine faire, diskriminierungsfreie und bedarfsgerechte Versorgung. Der Zugang zu gesundheitlichen Leistungen muss unabhängig von Wohnort, Alter, sozialem Status oder individuellen Voraussetzungen gleichwertig gewährleistet werden.

Gesundheitsversorgung ist ein zentrales Gut der Daseinsvorsorge und darf niemandem vorenthalten werden. Voraussetzung dafür sind leistungsfähige Versorgungsstrukturen, die den unterschiedlichen regionalen Bedürfnissen gerecht werden.

- **Weltoffenheit und Vielfalt – ein Schlüssel zur Fachkräftesicherung**

Das Gesundheitswesen in Sachsen-Anhalt wird geprägt von Vielfalt, gegenseitigem Respekt und der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus dem In- und Ausland. Eine offene und vielfältige Gesellschaft ist eine wichtige Voraussetzung dafür, Menschen für Berufe im Gesundheitswesen zu gewinnen und dauerhaft zu halten.

- **Verlässliche Rahmenbedingungen – statt politischer Unsicherheit**

Gesundheitsversorgung benötigt Planungssicherheit, Investitionssicherheit und stabile regulatorische Rahmenbedingungen, die im Dialog und im konstruktiven Miteinander aller Beteiligten entwickelt werden. Kurzfristige Richtungswechsel und strukturelle Unsicherheiten gefährden Versorgungsstrukturen und behindern notwendige Modernisierungsprozesse.

Sachsen-Anhalt ist auch im Bereich der Gesundheitsversorgung ein leistungsfähiges und lebenswertes Land. Diese Stärke zu bewahren und zukunftsfest weiterzuentwickeln, ist die gemeinsame Aufgabe von Politik, Heilberufen und Krankenkassen.

Dass Heilberufsorganisationen und gesetzliche Krankenkassen diese Erklärung gemeinsam tragen, unterstreicht die besondere Bedeutung dieser Anliegen.

Wir stehen für die Menschen, die Verantwortung in der Gesundheitsversorgung übernehmen – unabhängig davon, ob sie hier geboren wurden, hier leben oder zu uns gekommen sind. Ihre Arbeit verdient Unterstützung, Anerkennung und verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Diesen Anspruch möchten wir gemeinsam mit der zukünftigen Landesregierung verwirklichen.